

## **Haushaltsrede DIE LINKE/future! 10.12.2018**

Werter Herr Vorsitzender, wertere Stadträtinnen und Stadträte, werter Herr Oberbürgermeister, wertere Gäste!

Die alljährliche Haushaltsverhandlung steht an und mit Blick auf die zu stemmenden Aufgaben wird deutlich: Es wird in den kommenden Jahren nicht leichter für uns.

Aber vorne weg, wie in jedem Jahr, ein Lob an den Bürgermeister Herr Zimmermann, aber auch besonders an Dr. Hartung, Herr Erxleben und das ganze Team des Finanzdezernates. Handwerklich wird wie gewohnt eine gute Leistung abgeliefert. Positiv ist hervorzuheben, dass der Jahresabschluss fast pünktlich entsprechend der gesetzlichen Regelungen eingereicht wurde. Hier beweist die Verwaltung gute Zusammenarbeit und wird dies in den nächsten Jahren sicherlich noch zügiger erledigen. Damit sind wir vielen Städten ähnlicher Größenordnung voraus, welche die Fristen deutlich länger überschreiten. Zudem ist die Vorlaufzeit der Verfügbarkeit der Haushaltsdrucksache und der Zeitraum der Diskussion in den Ausschüssen dem Umfang der Drucksache angemessen, auch wenn es uns als ehrenamtlichen Stadtrat\*innen dennoch nicht leicht fällt angesichts der Komplexität der Doppik die Drucksache in ihrer gesamten Komplexität zu überblicken. Mit einem Finanzvolumen von 724 Millionen Euro wurde sich im Vergleich zum Vorjahr erneut gesteigert. Die schwarze Null steht, alle Ausgaben sind entsprechend gedeckt. Fraglich ist nur, ob dies so bleibt. Schauen wir uns beispielsweise den Jahresabschluss 2017 an, den wir erst kürzlich auf der Sitzung am Donnerstag beschlossen haben. So hätten wir das Jahr mit einem Minus von 6 Millionen abgeschlossen, wären nicht die außerordentlichen Einnahmen, die letztlich ein Plus von über 5 Millionen Euro erzeugten. Geplant war damals übrigens ein Defizit von 1,85 Millionen. Eine Diskrepanz von 4 Millionen Euro. Angesichts einiger anstehender Projekte bleiben wir als Fraktion skeptisch, ob die schwarze Null im Jahr 2019 wirklich zu halten ist.

Ich möchte zunächst mit dem Positiven beginnen: So finden sich im Haushalt viele Punkte wieder, die uns als Fraktion besonders wichtig waren und immer noch sind und die zum Teil auch aufgrund unserer Initiativen auf den Weg gebracht wurden. Viel Geld fließt in Schulen und Kitas. Das können wir nur ausdrücklich unterstützen. Auch wenn wir uns bei einigen Grundschulen, beispielsweise Ottersleben eine andere Lösung der Standortfrage gewünscht hätten. Insgesamt können wir den gegangenen Weg der Verwaltung, also unabhängig von der Entscheidung der Finanzierung seitens des Landes den Neubau in Angriff zu nehmen, nur unterstützen. Wir hoffen, dass auch die erst kürzlich beschlossenen Neubauten entsprechend im Haushalt verbucht werden können, so sie es noch nicht vollständig sind. Nur so können wir die rechtzeitige Fertigstellung gewährleisten.

Auch die Ausweitung des Budgets des Kulturbereiches können wir angesichts der Bewerbung als Kulturhauptstadt nur unterstützen. Einzige Forderung unsererseits hierbei ist, dies auch beizubehalten und in den nachfolgenden Jahren nicht nachzulassen. Besonders einen

möglichen harten Cut in der Finanzierung bei einer möglichen Ablehnung der Bewerbung, wovon wir aber zunächst nicht ausgehen, lehnen wir strikt ab. Kultur muss immer ein wesentlicher Bestandteil des Haushaltes bleiben.

Leider schränken große Infrastrukturmaßnahmen die Gestaltungsspielräume an anderen Stellen ein. Kritik am Tunnel äußern wir nun schon seit geraumer Zeit. Aber wenn dieses Vorhaben eine positive Eigenschaft hat, dann hoffentlich die, dass die Verwaltung bei Verfahren nun genauer hinschauen, Vorgaben und Zeitpläne genauer prüfen und bei der Vergabe schärfere Bedingungen formulieren wird, um anstehende Projekte im Kostenrahmen zu halten. Bereits jetzt und auch in der Zukunft hindert uns dabei ein schwerwiegendes Problem. Der Bauboom treibt die Preise in die Höhe, die Firmen überlegen sich angesichts ihrer Personalsituation ganz genau, ob sie noch ein Angebot abgeben oder nicht. Und wenn, dann nur mit entsprechenden Aufschlägen. Jedes Projekt, welches wir zusätzlich auf den Markt werfen, verschärft diese Situation noch. Wir sind also aufgefordert noch genauer als bisher zu schauen, welche Projekte wirklich dringend notwendig sind und welche noch warten könnten. Wobei an einigen Stellen aus Sicht meiner Fraktion bisher zu lange gewartet wurde. Zunächst freuen wir uns, dass auch andere Fraktionen gemeinsam mit uns dem jahrelangen Wunsch meiner Fraktion nachkommen wollen und deshalb heute einige Anträge zum Thema Ausbau barrierefreier Haltestellen vorliegen. Zu lange wurden zudem Straßensanierungen herausgezögert. Sinn der Sache kann es heute hier jedoch nicht sein, pauschal per Änderungsantrag 1 Million Euro mehr für den Straßenbau im Haushalt einzustellen, ohne dabei zu untersetzen, in welche Vorhaben dies genau fließen soll. Bei der Planung müssen zusätzlich Geh- und Radwege entsprechend berücksichtigt werden. Dass dies bisher unzureichend geschehen ist, zeigt heute die Fülle von Anträgen zur Fuß- und Radwegeinfrastruktur. Denn Mobilität bedeutet eben auch abseits des motorisierten Individualverkehrs gute Bedingungen vorfinden zu können. Im vorliegenden Haushaltsentwurf haben schon viele Vorhaben in diesem Bereich ihren Platz gefunden. Dies ist mit Sicherheit auch darauf zurückzuführen, dass meine Fraktion in Zusammenarbeit mit Bündnis 90/Die Grünen in den letzten Jahren zu diesem Thema etliche Anträge an den Haushalt stellte. Wir begrüßen dies, haben jedoch noch einige marginale Änderungswünsche und würden uns freuen, wenn sich heute hier eine Mehrheit findet und diesen Wünschen nachkommen würde.

Doch weshalb laufen bestimmte Prozesse im Baubereich nicht so reibungslos wie gewünscht oder Vorhaben bleiben scheinbar liegen? Es handelt sich häufig um äußere Einflüsse. Im Bereich des Strombrückenzuges verzögert sich der Baubeginn durch eine Klage gegen das Vergabeverfahren. Die Entscheidung der Vertagung der Verhandlung auf einen späteren Zeitpunkt verurteilen wir zutiefst. Einzig sind unsere Möglichkeiten dagegen aufzubegehren von geringem Erfolg gekrönt. Die dadurch erwartbaren Mehrkosten werden uns von keiner Stelle erstattet. Damit steht uns das nächste finanzielle Großprojekt ins Haus, bei dem der avisierte Kostenrahmen nicht haltbar sein wird. Dennoch ist der zügige Bau des

Brückenzuges, trotz Mehraufwandes, aus Sicht meiner Fraktion zwingend notwendig, um die Verkehrseinschränkungen im ostelbischen Raum, die auch auf den sanierungsbedürftigen Zustand der Anna-Ebert-Brücke zurückzuführen sind, zu reduzieren. Die Bürger\*innen vor Ort werden es uns danken. Wir stellen uns allerdings deutlich gegen alle Versuche, das existierende Naturschutzgebiet am Flusslauf der Elbe zu Gunsten neuer Verkehrsprojekte in Frage zu stellen.

Aber auch andere Einflüsse wirken sich auf den Verzug bestimmter Vorhaben aus. So sind allein im Baudezernat etwa 40 Stellen und damit 10 % des gesamten Dezernates unbesetzt. Natürlich bleiben angesichts solcher Zahlen Dinge liegen. Fördermittel gehen möglicherweise verloren, weil das Personal fehlt um alle Finanztöpfe entsprechend abschöpfen zu können. Wir müssen uns hier in Zukunft Gedanken machen, wie wir dieses Problem ganzheitlich gelöst bekommen. Denn dieses Problem umfasst alle Bereiche unserer Verwaltung. Auch wir mussten mittlerweile einsehen, dass sich Bewerbungsverfahren nicht schneller abarbeiten lassen, als es derzeit geschieht. Problem an der bisherigen Praxis ist, dass in der Vergangenheit Stellen unseres Erachtens nach zu lange nur intern ausgeschrieben wurden. Damit lösen wir die Personalprobleme nicht, wir verschieben sie lediglich. Vermehrt externe Ausschreibungen sind der Schlüssel dazu, die Arbeitsfähigkeit der Verwaltung in Zukunft weiterhin in dem gewohnten Maße sicherzustellen. Einerseits bedeutet jede unbesetzte Stelle ein Sparpotenzial im Haushalt, andererseits bedeutet sie eben auch Verzögerungen in Abläufen aus denen dann nicht selten auch zusätzliche Kosten bei entsprechenden Vorhaben resultieren.

Apropos Stellen. Als Teil des Haushaltsplanes stimmen wir auch über den Stellenplan für das nächste Jahr ab. Dies ist rechtlich notwendig. Dennoch fragen wir uns, wo unser Handlungsspielraum als Stadtrat bei der Ausgestaltung dieses Planes ist. Bei Änderungsanträgen zu zusätzlichen Stellen, ich erinnere beispielsweise an unseren Antrag zu einer/einem Radverkehrsbeauftragten oder der/dem Beauftragten für Bürgerbeteiligung, wird seit Jahren in schöner Regelmäßigkeit vom Oberbürgermeister Dr. Trümper gesagt, es sei völlig egal was wir beschließen, er habe ohnehin die alleinige Entscheidungsgewalt. Gleichzeitig sollen wir seinen Änderungen an den Personalplan aber zustimmen. Hier herrscht doch ein großes Ungleichgewicht und wir würden uns wünschen, dass vorgebrachte Wünsche auch akzeptiert und respektiert werden und die Verwaltung zumindest darüber nachdenkt, wie diese Vorschläge an entsprechenden Stellen in den nächsten Jahren eingearbeitet werden können. Wir Stadträte verfahren schließlich mit den Vorschlägen der Verwaltung ebenso fair.

Vergleichsweise wenig Kritik haben wir im Bereich des Sozialen. So möchten wir an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich lobend erwähnen, dass beispielsweise das Pflegenetzwerk sich deutlich verbessert hat und mittlerweile auch kleinere Projekte im Bereich der Betreuung unserer älteren Bürger\*innen ab nächstem Jahr unkomplizierter gefördert werden. Kritik müssen wir allerdings an der aus Kosteneinsparungsgründen angestrebten Zusammenlegung der drei zurzeit bestehenden Suchtberatungsstellen der Stadt üben. Diese haben sich

bewährt und die Problematik hat sich in den letzten Jahren noch verschärft. Die Anonymität ist zurzeit besser gesichert, da zwei Stellen auch andere Beratungen anbieten, unter anderem eine, die sich speziell Kindern und Jugendlichen widmet.

Insgesamt ein sozialer Haushalt, wie Herr Zimmermann ihn immer nennt. Der prozentual größte Anteil fließt ins Sozialdezernat. Anders ist es unserer Ansicht nach auch nicht möglich und nicht wünschenswert. Viele der Kosten sind aber lediglich durchlaufende Posten, bei denen aufgrund gesetzlicher Vorgaben Geld von anderer Stelle durchgereicht wird. Doch die soziale Komponente muss uns das Wichtigste sein. Die vielen sozial schlechter gestellten Menschen in unserer Landeshauptstadt dürfen wir nicht abhängen. Wir müssen ihnen Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen, so gut es eben geht. Besonders bedauerlich ist, dass die anderen Fraktionen dies mehrheitlich wohl anders zu sehen scheinen. So wurde jüngst in der Klausur des Finanzausschusses unser Antrag zur Ausweitung der Antragsberechtigung für den Magdeburg-Pass zu unserem großen Bedauern abgelehnt. Schade, wo doch beispielsweise im Bereich Mobilität einiges auf den Weg gebracht wurde. Ein erster Aufschlag für ein Sozialticket und zuletzt fordern auch andere Fraktionen kostenloses Fahren für Kinder und Jugendliche mit Bus und Bahn, nachdem meine Fraktion mit diesem Thema und unseren Initiativen jahrelang Ablehnung erfahren hat. Natürlich freuen wir uns über diese Dinge. Aber sie dürfen nicht der Schlussstrich sein. Wem nützt die Verbesserung der Mobilität, wenn der Zutritt zu Kultur, zu Bildung, zu Freizeitangeboten an den Eintrittspreisen scheitert. Auch mit 125 % des Bedarfes nach dem Dritten Kapitel SGB XII gilt man in Deutschland noch als arm. In Anhörungen mit Sozialverbänden wurde deutlich herausgestellt, dass die Armutsentwicklung in dieser Stadt sich nicht zum Besseren wendet. Besonders zu denken gibt dabei die Kinderarmut. So geht man davon aus, dass mindestens jedes fünfte Kind in Deutschland dauerhaft in Armut lebt. Für Magdeburg dürften diese Zahlen kaum abweichen. Wir fordern deshalb, dass jedes Kind in dieser Stadt, unabhängig vom Elternhaus, die gleichen Chancen bekommt. Die Ausweitung des Magdeburg-Passes kann nur ein Schritt auf dem Weg zur Bekämpfung dieses Zustandes sein. Aber umso wichtiger ist, dass wir diesen Schritt bereits jetzt gehen. Um unserer Forderung Nachdruck zu verleihen, aber auch an das soziale Gewissen der Stadträte anderer Fraktionen zu appellieren, werden wir heute eine namentliche Abstimmung zu diesem Änderungsantrag beantragen. Vielleicht erwartet uns dann von einigen eine positive Überraschung.

Für andere Dinge scheint die Zeit aus unserer Sicht noch nicht reif. So würden wir gerne dem Antrag der Grünen bezüglich eines Bürger\*innenbudget zustimmen. Unsere Befürchtung ist, dass die Gefahr des Scheiterns groß ist und dieses gute Ansinnen danach für einen großen Zeitraum ad acta gelegt wird. Stattdessen sollten wir uns gemeinsam dafür einsetzen, den Weg richtig vorzubereiten, um diesem Antrag Rechnung tragen zu können. So fällt es der Verwaltung oft schon schwer genug die Bürger in anderen Dingen entsprechend einzubinden. Nehmen wir nur mal das Beispiel zur Freilegung der Schrote. Erst während der Diskussion im

Rat wurde die Drucksache so lange zurückgestellt, bis die Bürger\*innen vor Ort einbezogen wurden. Dann erst wurde eine Bürger\*innenversammlung durchgeführt. So etwas muss bereits vorher initiiert werden. Auch muss den Menschen vor Ort die finanzielle Tragweite der Maßnahmen erläutert werden. Erst dann können wir darüber reden, die Bevölkerung mit dem Konzept des Bürger\*innenbudgets vertraut zu machen. Wir sollten noch einmal in uns gehen und überlegen, wie wir dieses Projekt am besten vorantreiben. Dazu bedarf es zunächst einmal eines entsprechenden Konzeptes. Und dann können wir auch gerne darüber reden, ob wir 250.000 € als Bestimmungsgrundlage für ausreichend halten oder ob wir noch etwas mehr draufsetzen möchten.

Egal, wie wir uns heute hier entscheiden, wirbürden dem neu zu wählenden Stadtrat eine große Last auf. Stichwort: Verschuldungsobergrenze. Denn diese hätten wir, gegen den ausdrücklichen Willen meiner Fraktion, nicht beschließen müssen, wenn wir von ihr noch weit entfernt wären. Ich sprach bereits über außerplanmäßige Erhöhungen der Kosten bei Bauprojekten, über große Finanzvolumen bei Projekten wie der Stadthalle oder eben den Schulen, die wir auch alle für richtig halten. Sie bedeuten aber auch ein Investitionsvolumen in diesem Haushalt, welches es in solcher Höhe über lange Zeit nicht gab. Und diese Investitionen gehen leider auch zu Lasten unserer Verbindlichkeiten. Wir haben heute, aber auch in den vergangenen Jahren, zu genüge darüber gesprochen, welche Projekte aus Sicht meiner Fraktion nicht zwingend notwendig gewesen wären. Letztlich unterliegen aber auch wir einer Stadtratsmehrheit und akzeptieren demokratisch getroffene Beschlüsse. Einzig schmälern sie unseren Handlungsspielraum für Projekte in den nächsten Jahren. Und auch heute werden sich angesichts der Fülle an Änderungsanträgen viele hier im Raum wohl mindestens zweimal überlegen, welchen Anträgen sie ihre Zustimmung geben. Die Ergebnisse der Finanzausschussklausur zeigten bereits, dass ein Teil unserer Anträge heute keinen Anklang finden wird. Wir bedauern dies sehr, gestalterische Kommunalpolitik stellen wir uns anders vor.

Wie gewohnt wird meine Fraktion ihr Abstimmungsergebnis davon abhängig machen, wie die Mehrzahl unserer Änderungsanträge heute votiert wird.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Chris Scheunchen  
Finanzpolitischer Sprecher der Fraktion

(es gilt das gesprochene Wort)